

Monatsbericht über die Entwicklung in Polen im November 1955

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1. Polens "eigener Weg" zum Sozialismus? 1
2. Besiedlung der Westgebiete 4
3. Die bisherigen Ergebnisse und die Aussichten der Warschauer "Kehr-heim"-Aktion 4
4. Emigranten laden die Polen aus Warschau zum gemeinsamen Gespräch ein 5
5. 10 Jahre Tätigkeit der "Fortschrittlichen Katholiken" in Polen 5

II. Wirtschaft

1. "Sozialistischer Wettbewerb" 7
2. Stellung der polnischen Frau in der Wirtschaft 7
3. 500.000 Bauern bekommen Eigentumsurkunden 7
4. Kollektivierung in Niederschlesien 7
5. Industrielle Entwicklung im Sechsjahresplan 8
6. Steinkohlenförderung in den nächsten 5 Jahren 8
7. Steigerung der Stahlproduktion in den nächsten 5 Jahren 8
8. Energie-Wirtschaft in Polen 8

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme u. a.

1. Landflucht der Dorfjugend 9
2. Krankenversicherung in Polen 10
3. Sorge, um den Nachwuchs in den Betrieben 10
4. Versprechen kostet nichts ... 11
5. Wohnungsbau in den letzten 6 Jahren 11
6. Gewerkschaftsgelder in Polen 12

B. Beziehungen Polens zum Ausland

I. Politische Beziehungen

1. Woche der polnisch-deutschen Freundschaft 14
2. Proteste gegen die neue deutsche Wehrmacht 15
3. NUSCHKE über die Perspektiven der polnisch-deutschen Zusammenarbeit 16
4. Polnische Presse zu der Genfer Konferenz 17
5. Polnisches Westinstitut in Posen 18
6. Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Burma 18

„Eigentum des Vorstandes der SPD“

II. Außenhandel

1. Sowjetzone - Polens zweitstärkster Außenhandelspartner	19
2. Handelsbesprechungen zwischen Polen und der CSR	19
3. Handelsvertrag zwischen Polen und Jugoslawien	20
4. Handelsvertrag zwischen Polen und Burma	20
5. Erster Handelsvertrag Polen - Paraguay	21
6. Handelsvertrag Polen - Frankreich	21
7. Handelsbesprechungen mit Finnland und Dänemark	21

III. Kulturelle Beziehungen

1. Kulturabkommen Polen - Sowjetzone	21
2. Polen baut in China große Segelflugzeugwerke	22

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1) Polens "eigener Weg" zum Sozialismus?

Das theoretische Organ der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei "Nowe Drogi" bringt im Oktoberheft einen Redaktionsartikel unter dem Titel "Steigern wir die schöpferischen Anstrengungen in der ideologischen Arbeit". In Anlehnung an ein Lenin-Zitat spricht die Redaktion ein paar Gedanken aus, die noch vor zwei Jahren als Ketzerei bezeichnet worden wären. Die betreffenden Sätze lauten wie folgt:

"Die Schaffung der Grundlagen des neuen Lebens erfolgt heute nicht mehr in einem Lande, sondern in einigen zehn Ländern mit einer Bevölkerung von fast 1 Milliarde Menschen. Es handelt sich dabei um verschiedene Völker in verschiedenen Erdteilen, mit verschiedener Vergangenheit, Kultur, Lebensniveau. Grundsätzlich gehen alle Länder, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, denselben Weg. Aus diesem Grunde sind die Erfahrungen der KPdSU und der sowjetischen Völker so wertvoll für alle sozialistischen Länder. Aber wie oft vergessen wir die große Bedeutung der Hinweise Lenins:

'Alle Völker werden einmal sozialistisch, das ist unvermeidlich. Sie werden aber nicht alle auf gleicher Weise zum Sozialismus gelangen. Jedes Volk wird etwas eigenartiges beitragen, diese oder jene Form der Demokratie, diese oder jene Abwandlung der Diktatur des Proletariats, dieses oder jenes Tempo der Sozialisierung des Lebens.'

Wir schenken dem zu wenig Aufmerksamkeit, was selbständig ist in unserer Bewegung, unserem historischen Weg, unseren eigenen Methoden und Formen des Kampfes, unseren eigenen Losungen - kurz dem, was sich aus der Besonderheit der Entwicklung unseres Landes und unserer geschichtlichen Vergangenheit ergibt.

Die Besonderheiten der geschichtlichen Periode, in der sich unsere Volksrevolution vollendete, in der die Umwandlungen unseres Lebens verliefen, unsere eigene Entwicklung und die historische Traditionen, die jetzige internationale Situation, in der wir den Sozialismus aufbauen, die Tatsache, daß wir einem mächtigen sozialistischen Lager angehören - alle diese Erscheinungen beeinflussen die Eigenartigkeit unseres Weges zum Sozialismus, sie modifizieren unseren gemeinsamen Weg.

In unseren theoretischen Arbeiten, in unserer Propaganda haben wir das alles nicht ausreichend berücksichtigt und hervorgehoben. Unsere Revolution vereinigte die sozialen Kämpfe mit den nationalen

Befreiungskämpfen. Unter viel günstigeren Umständen als in der Sowjetunion führen wir die Industrialisierung unseres Landes durch. Anders verläuft die Entwicklung unserer Landwirtschaft, anders die Kollektivierung, anders als in der Sowjetunion sind die Methoden der Verwirklichung und das Tempo der Kollektivierung, es gibt bei uns viele andere Elemente im Klassenkampf.

Unsere Partei muß verschiedene Aufgaben lösen, die aus der Besonderheit unserer Lage entstanden sind, und sie muß sie lösen, den Erfordernissen des Landes gemäß. Die Theorie kann nur dann ein schöpferisches Werkzeug der Partei werden, wenn sie als Ausgangspunkt die in unserem Lande objektiv bestehenden Verhältnisse nimmt."

In diesem Zusammenhang gewinnen auch Äußerungen an Bedeutung, die Journalisten aus der polnischen Volksrepublik anlässlich der Genfer Konferenz ihren westlichen Kollegen gegenüber machten. In mehr oder minder persönlichen und vertraulichen Unterhaltungen wehrten sie sich übereinstimmend gegen die westliche Behauptung, die Regierung der polnischen Volksrepublik sei "lediglich ein Befehlsempfänger Moskaus". Vielmehr habe es "bereits zu Stalins Lebzeiten einen gewissen autonomen Bereich", in dem Partei und Regierung hätten frei schalten und walten können, gegeben. Natürlich habe es generelle Direktiven gegeben, nach denen man sich in der großen Linie richten mußte, aber im Einzelfalle sei es schon rein technisch überhaupt nicht möglich gewesen, jede Maßnahme mit Moskau abzusprechen. Seit dem Tode Stalins habe ein Prozeß eingesetzt, in dessen Verlauf der autonome Bereich jeder Regierung und jedes ZK der Volksdemokratien immer größer werde.

Im Verlaufe solcher Gespräche wiesen polnische Journalisten mit Nachdruck darauf hin, daß nach Stalins Tode auch wiederholt Maßnahmen von der polnischen Regierung getroffen worden seien, mit denen man in Moskau nicht einverstanden war. Sauer reagiert hätten die sowjetischen Vertreter in Warschau im einzelnen auf folgende polnischen Schritte:

1. Erhebung der gegenseitigen Vertretungen Polens und Finnlands in den Status von Botschaften;
2. Einladung einer Gruppe jugoslawischer Journalisten im Frühjahr 1955, bevor Moskau die Jugoslawen eingeladen hatte und ohne Moskau zu konsultieren;
3. eine größere Kohlentransaktion mit skandinavischen Ländern im Herbst 1954, wogegen Moskau protestiert habe;

4. verschiedene Handelsabkommen mit Frankreich;

5. die Verlangsamung und teilweise Abstopfung der Kollektivierung in Polen.

Gerade zum letzten Punkt war zu erfahren, daß das ZK der KPdSU noch vor der IV. Plenartagung des ZK der polnischen Kommunisten eine Intervention geschickt habe, worin festgestellt worden sei, daß die Kollektivierung in Polen im ersten Halbjahr 1955 "absolut unbefriedigende Fortschritte" mache. Das ZK der "Vereinigten Arbeiterpartei Polens" habe jedoch argumentiert, in "der gegenwärtigen Epoche" sei es wichtiger, die Agrarproduktion zu steigern als lediglich die Kollektivierung voranzutreiben. Man habe betont, daß eine rücksichtslose Kollektivierung zu einer Ernährungskrise führen müsse, was nicht ohne Rückwirkung auf die Industrialisierung bleiben werde. Nach längeren Verhandlungen habe man sich auf einen Kompromiß geeinigt, der darin bestand, daß sich das polnische ZK im Prinzip zur Kollektivierung bekannte und diese als das erstrebenswerte "Endziel" proklamierte.

In der Diskussion haben die Polen weiter erklärt, die mögliche Selbständigkeit der volksdemokratischen Länder hänge im wesentlichen davon ab, wie einmal ihr wirtschaftliches Potential sei und wie sie geographisch gelegen sei. Von diesem Standpunkt aus hätten die Tschechoslowaken die günstigsten Ausgangspunkte, um eine weitgehende Selbständigkeit zu erreichen, das werde aber von der dortigen Führung nicht ausgenutzt, im Gegenteil sei die CSR neben Rumänien der von Moskau abhängigste Staat. Im Gegensatz dazu hätten sich Polen und Bulgarien am weitgehendsten vorgewagt und in gewissen Fragen eigene Standpunkte.

Durch die hier skizzierte Lage sei auch das Problem des ehemaligen KP-Führers GOMULKA, der auf Betreiben STALINS gestürzt worden war, im wesentlichen gelöst. GOMULKA sei wieder frei und könne sich auch in Warschau oder sonst im Lande frei bewegen. Seine Frau arbeite sogar in einem Ministerium. Der als prominenter GOMULKA-Anhänger bekannte Wladislaw BIENKOWSKI, seit ein paar Jahren Direktor der National-Bibliothek in Warschau, habe jetzt sogar ein Auslandsvisum erhalten.

Wenngleich man diese Äußerungen nicht überschätzen soll, scheinen sie doch einige Erkenntnisse über den Entwicklungstrend zu beinhalten, den es in Zukunft weiter zu beachten gilt.

2) Besiedlung der Westgebiete

"Trybuna Ludu" vom 8. November meldet, dass sich in den 10 Monaten dieses Jahres 12.200 Bauernfamilien aus den dicht bevölkerten Gegenden der Wojewodschaften Krakau, Lodz, Warschau und Kielce in den westlichen Gebieten niederliessen. Die meisten von ihnen liessen sich auf den Staatsgütern nieder. Denjenigen, die die Westgebiete besiedelten, wird jetzt eine Kredithilfe vom Staat gewährt. Es handelt sich dabei um Darlehen und Schenkungen. Auch die Transportkosten werden vom Staat übernommen. Diese Kredite betragen in diesem Jahr 100 Mill. Zlotys. Das Landwirtschaftsministerium gibt bekannt, dass diejenigen Bauern, die sich noch im Laufe der Monate November und Dezember in den Westgebieten niederlassen, in den Jahren 1956/57/58 keine Grundsteuer bezahlen brauchen und dazu in den Jahren 1956 und 1957 von allen Pflichtablieferungen befreit werden. Lt. "Trybuna Ludu" vom 5. November liessen sich in den ersten 10 Monaten 3.500 Bauernfamilien auf den Staatsgütern der Wojewodschaft Allenstein (Ostpreussen) nieder. Alle Familien bekamen Wohnung und Räume für das Inventar.

Aus der stark überbevölkerten Wojewodschaft Krakau gingen 1.700 Bauernfamilien in die Westgebiete. Etwa 1.350 von ihnen leben auf den Staatsgütern in den Wojewodschaften Köslin, Grünberg und Breslau. "Trybuna Ludu" vom 16. 11. meldet, dass sich weitere Familien aus dem Krakauer Bezirk auf die Übersiedlung in die Westgebiete vorbereiten.

3) Die bisherigen Ergebnisse und die Aussichten der Warschauer

"Kehr-heim"-Aktion

Der neue Bevollmächtigte der Warschauer Regierung für die Repatriierung der Emigranten - Zygfryd SZNEK (er ist ein "Autochton" aus dem Oppelner Bezirk und schrieb sich früher Siegfried SCHNECKT), der gleichzeitig Vize-minister des Innern ist und schon vor 10 Jahren bei der Repatriierung tätig war, erteilte dem Vertreter der offiziellen Presseagentur PAP ein Interview (lt. "Zycie Warszawy" vom 1.11.). Aus seinen Erklärungen geht hervor, dass die mit grossen propagandistischen Aufwand geführte "Kehr-heim"-Aktion bis jetzt recht bescheidene Ergebnisse gezeitigt habe. In den Monaten September und Oktober kehrten über 1.000 Emigranten nach Polen zurück. An der westlichen Grenze Polens hat man für die Heimkehrer eine Art Übergangslager errichtet. Eine Sensation ist die Feststellung von SZNEK, dass auch an der östlichen Grenze Polens derartige Übergangslager errichtet wurden, "für die Polen, die durch den Krieg auf das Gebiet der SU gerieten und gleich nach Kriegsende nicht repatriiert wurden, jetzt aber

zurückkehren möchten. Unter ihnen befinden sich auch Personen, die wegen verschiedener Verbrechen verurteilt wurden und jetzt vorzeitig entlassen werden". Es ist kaum nötig zu bemerken, dass es sich dabei nicht um Verbrecher handelt, sondern um Polen, die für ihr Land in der von der Londoner Exilregierung dirigierten Untergrundarmee gekämpft haben, die während der deutschen Besatzung auf dem ganzen Gebiet Polens aktiv war.

Der Bevollmächtigte der Regierung stellte in seinem Interview fest, dass in vielen westlichen Staaten der Heimkehraktion Schwierigkeiten in den Weg gestellt werden. Das geschieht trotz der jedem Menschen zustehenden Entscheidungsfreiheit, ob er im Exil oder in seiner Heimat leben will.

Die Heimkehrer, die sich auf dem Lande niederlassen wollen, werden genau so behandelt, wie alle polnischen Bauern, die die Westgebiete besiedeln. Sie können also einen Bauernhof im Westen des Landes bekommen, oder ein Haus mit Parzelle in einer Kolchose usw. Nach einer nicht angegebenen Zeit kann dem Heimkehrer das Eigentumsrecht des Bauernhofes zugesprochen werden, wenn sie bewiesen haben, dass sie willig sind, das Land fleissig zu bebauen.

4) Emigranten laden die Polen aus Warschau zum gemeinsamen Gespräch ein
Eine Gruppe der polnischen Emigranten, die sich um die angesehenste Monatsschrift "Kultura" (erscheint in Paris) sammelt, hat eine in den polnischen Emigrantenkreisen sehr umstrittene Aktion eingeleitet. Sie hat sich darauf berufen, dass im August ds. Js. eine Gruppe der Warschauer Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler usw. einen Aufruf an die Polen im Ausland veröffentlicht hat, in dem sie diese Polen zur Rückkehr in ihre Heimat auffordert. Die Gruppe um die Zeitschrift "Kultura" nimmt das zum Anlass, um alle 48 Unterzeichner nach Paris einzuladen und um die Möglichkeit zu besprechen, alle in der SU, in den Gefängnissen und Lagern gehaltenen Polen auch in der Repatriierungsaktion zu erfassen. Man beruft sich auf die bekannte Tatsache, dass die kriegsverurteilten Deutschen ebenfalls entlassen werden, und so kein Anlass mehr besteht, die Vertreter anderer Völker gefangen zu halten. Man erwartet mit einer gewissen Neugier, ob die als "unabhängige Intellektuelle" bezeichneten Aufruf-Unterzeichner diese Einladung annehmen werden.

5) 10 Jahre Tätigkeit der "Fortschrittlichen Katholiken" in Polen
Zwischen dem 30. Oktober und 24. November wurden in Polen 10 Jahre Arbeit der Gruppe der sog. "fortschrittlichen Katholiken" feierlich begangen.

Die Feierlichkeiten begannen mit einem internationalen Treffen der Katholiken und anderer Christen aus vielen Ländern Europas und Nord-Vietnams. Als Vertreter der DDR nahm Otto NUSCHKE an den Tagungen teil. Das internationale Treffen dauerte 4 Tage und wurde mit einem Referat des Vorsitzenden der PAX-Organisation, Boleslaw PIASECKI abgeschlossen. Wie "Zycie Warszawy" vom 4. November mitteilt - hat man die ausländischen Teilnehmer des Treffens über "viele Missverständnisse und Zweifel", die sie hinsichtlich der Lage der Kirche in Polen hegten - aufgeklärt.

In "Zycie Warszawy" vom 17. November spricht einer der führenden "fortschrittlichen Katholiken" über das 10-jährige Bestehen und die Errungenschaften dieser Gruppe.

Wojciech KETRZYNSKI (so heisst er) schreibt u.a.:

"Die katholische soziale Bewegung kann heute feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gläubigen und den Nichtgläubigen in Volkspolen von allen als dauerhaft und wertvoll anerkannt wurde. Die Problematik der Verständigung zwischen der Kirche in Polen und dem Volksstaate ist lebendig und wirkt schöpferisch. Diese Verständigung wurde im Jahre 1950 unterzeichnet und dann mehrmals durch die Erklärungen der beiden Parteien - der Volksregierung und der Bischöfe, befestigt. Diese Verständigung bildet den eigentlichen Kern der Tätigkeit aller sozial fortschrittlichen Katholiken in Polen. Dieser Verständigung treu, beschränken wir uns aber nicht darauf zu achten, dass die religiöse Überzeugung der polnischen Katholiken nicht durch Reaktionäre missbraucht wird; wir wollen auch, dass die schöpferische und vollwertige Beteiligung der polnischen Katholiken an der Schaffung der besseren Zukunft unseres Volkes - zu einem Fundament des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Achtung zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen wird."

Die Feierlichkeiten zum 10-jährigen Bestehen der "fortschrittlichen Katholiken" fanden in einer festlichen Akademie in der Warschauer Oper ihren Abschluss. Über 1.000 Geistliche und Laien nahmen an dieser Akademie teil und hörten sich ein Referat von Boleslaw PIASECKI an, in dem er darauf hinwies, dass seine Anhänger "sich an dem Aufbau Volkspolens" beteiligen. Sie "dienen der Sache der Kirche und gleichzeitig der Sache des Friedens". (Lt. "Zycie Warszawy" vom 25.11.55)

Bei allen diesen Feierlichkeiten fiel allgemein der grosse Aufwand auf, der sich nur durch die beträchtlichen finanziellen Zuschüsse der Warschauer Regierung an die PIASECKI-Gruppe erklären lässt.

II. Wirtschaft

1) "Sozialistischer Wettbewerb"

"Trybuna Ludu" vom 3. November verlangt die "Liquidierung der bürokratischen und administrativen Methoden bei der Lenkung des sozialistischen Wettbewerbes. Dieser Wettbewerb soll sich mehr als bis jetzt auf die Initiative der Aktivisten unter den Arbeitern, Meistern und Ingenieuren stützen. Man muss ihm "den Charakter einer formreichen Massenbewegung geben, die Initiative muss von unten kommen...".

Die Zeitung stellt fest, dass man bis jetzt bei der Lenkung des sozialistischen Wettbewerbes nur kommandiert, statt zu belehren. Hohe Parteinstanzen wenden sich oft telefonisch an industrielle Werke verschiedener Art, und verlangen, dass man binnen 48 Stunden "freiwillige Verpflichtungen" beschliesst.

2) Stellung der polnischen Frau in der Wirtschaft

Auf der Plenarsitzung der Frauenliga in Warschau, die aus Anlass des 10-jährigen Bestehens dieser Organisation stattfand, stellte man fest, dass in allen Wirtschaftszweigen (ausser Landwirtschaft) 31 % der Beschäftigten Frauen sind. In den letzten 10 Jahren wurde die Zahl der an den technischen Hochschulen studierenden Mädchen und Frauen um das 10-fache grösser als vorher. 45 % aller wissenschaftlichen Angestellten sind Frauen. ("Trybuna Ludu" vom 17. November).

3) 500.000 Bauern bekommen Eigentumsurkunden

Dem Erlass des Staatsrates vom 18. April 1955 gemäss werden nach "Zycie Warszwa" vom 24. November jetzt Listen all derjenigen Bauern aufgestellt, denen das von ihnen bebaute Land als Eigentum zugesprochen werden soll. Die Zahl solcher Bauern beträgt ca. eine halbe Million. Sie bekamen das Land entweder aufgrund der Bodenreform, oder wurden (das sind die meisten) auf den Westgebieten angesiedelt. Noch bis zum Ablauf dieses Jahres soll die Eigentumsfrage geregelt sein.

4) Kollektivierung in Niederschlesien

Die Wojewodschaft Breslau, die den grössten Teil der früheren Provinz Niederschlesien umfasst, besitzt unter allen polnischen Wojewodschaften die grösste Zahl an Kolchosen. In ganz Polen gibt es jetzt ca. 10.000 LPG, davon in Niederschlesien 1.720. Weitere 117 befinden sich in Organisationsstadium. Zu den Kolchosen gehören auf diesem Gebiete 46 % aller Bauernhöfe.

5) Industrielle Entwicklung im Sechsjahrplan

Das Mitglied des polnischen Politbüros und Sekretär. des ZK der Partei Edward OCHAB, sprach auf der Akademie aus Anlass der Oktober-Revolution ("Trybuna Ludu" vom 7.11.) über die Erfolge der Industrialisierung Polens in den letzten 6 Jahren. "

"In der Zeit zwischen 1949 und 1955 wuchs unsere Stahlproduktion von 2,3 auf 4,4 Mill. Tonnen, die Kohleförderung von 74 auf über 94 Mill. Tonnen und die Erzeugung der elektrischen Energie von 8,3 auf über 17 Mrd. kWh. In derselben Zeit stieg die Produktion der Maschinenbauindustrie auf das 3,5-fache und die der chemischen Industrie auf das 3-fache."

6) Steinkohlenförderung in den nächsten 5 Jahren

Der Sechsjahrplan (1950-55) sah eine Steigerung der Steinkohleförderung von 74 auf 100 Mill. Tonnen vor. Diese geplante Zahl wurde nicht ganz erreicht, immerhin beträgt die diesjährige Produktion ca. 95 Mi. Tonnen. Der kommende Fünfjahrplan (1956-60) stellt sich noch ein höheres Ziel: Die Förderung der Steinkohle auf 150 Mill. Tonnen zu steigern.

Dieses Ziel soll erreicht werden durch den Ausbau der bestehenden Kohlegruben (57 % des Zuwachses) und den Bau ganz neuer Gruben. U.a. soll ein ganz neues Kohlenrevier in der Gegend von Wadowice (Wojewodsch, Krakau) entstehen. Es handelt sich dabei um ein armes Gebirgsland, in dem bis jetzt fast keine Industrie existierte.

("Trybuna Ludu" vom 3. November und "Zycie Warszawy" vom 4. November).

7) Steigerung der Stahlproduktion in den nächsten 5 Jahren

Die heutige Stahlproduktion in Polen beträgt 4,4 Mill. Tonnen. Im Jahre 1960 (nach der Beendigung des I. Fünfjahrplanes) soll diese Zahl auf 7 Mia. Tonnen gesteigert werden; (zusammen mit der Tschechoslowakei wird dann Polen etwa 15 Mia. Tonnen Rohstahl produzieren). Durch die bessere technische Ausnützung der bestehenden Aggregate verspricht man sich eine Steigerung der Stahlproduktion um 600.000 Tonnen. Die restlichen 2 Millionen wird man durch den Bau neuer Stahlföfen, hauptsächlich in den Stahlhütten Warschau (jetzt im Bau) und Nowa Huta (Krakau) erreichen.

8) Energie-Wirtschaft in Polen

Die Erzeugung der elektrischen Energie betrug im Jahre 1938 110 kWh pro Kopf der Bevölkerung jährlich. Jetzt wuchs diese Zahl auf 660 kWh. Die jährliche Zuwachsrate betrug in den letzten 6 Jahren 13 %.

Trotzdem war das Tempo der Steigerung der industriellen Produktion schneller, als die Steigerung der Erzeugung der Elektroenergie. In den nächsten 5 Jahren soll sich dieses Verhältnis umkehren.

Das grösste jetzt in Polen bestehende Kraftwerk besitzt 300.000 kW installierte Leistung. Die grössten Turboaggregate leisten 55.000 kW. In den nächsten 5 Jahren will man Turboaggregate von 100.000 kW und 150.000 kW bauen und Kraftwerke von 400.000 und 500.000 kW installierte Leistung. In grösserem Ausmasse als bis jetzt wird man Braunkohle für energitische Zwecke verwenden.

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme u.a.

1) Landflucht der Dorfjugend in Polen

Mit dem Problem der Dorfjugend befasst sich "Trybuna Ludu" vom 8. November. Es gibt in Polen 3 Mill. Menschen auf dem Land (Jugendliche). Nur 20 % von ihnen gehört der Staatlichen Jugendorganisation - Verband der Polnischen Jugend (ZMP) an. In 43 % der Dorfgemeinden gibt es keine Organisationsgruppen des ZMP. Ein ernstes Problem für die Partei ist die unzureichende organisatorische Erfassung der Dorfjugend. Ein weiteres nicht weniger schwieriges Problem ist die Flucht der Dorfjugend in die Städte und die Industrie-Zentren.

"Die schnell wachsende Industrie hat die Masse der Dorfjugend aufgenommen. Das war ein gesunder und zweckmässiger Prozess. Wir haben die Bedeutung der Industrialisierung richtig betont, haben aber die Bedeutung der landwirtschaftlichen Entwicklung ungenügend hervorgehoben. Wir sprachen zu wenig von der gegenseitigen Abhängigkeit dieser beiden Dinge und das blieb nicht ohne Einfluss auf die Jugend. Der Übergang zur Industrie hatte für einen Dorfjugenden etwas revolutionäres, dagegen war das Bleiben auf dem Lande nur den verächtlich behandelten "Muttersöhnchen" überlassen."

Das Ergebnis war, dass manche Gebiete von der Landjugend ganz entvölkert worden sind. Es droht die Gefahr, dass die Landwirtschaft nicht genügend Arbeitskräfte findet, um die Felder zu bebauen. Was soll man dagegen unternehmen, fragt sich die Zeitung und stellt fest:

"Es wäre unsinnig, an irgend ein künstliches, administrative Hemmen dieser Landflucht der Jugend zu denken. Man kann ja nicht dekretieren, welchen Lebensweg sich ein Mensch wählen soll."

Unsere Industrie, insbesondere der Bergbau, und unsere Schulen werden immer einen Teil der Landjugend aufnehmen. Was wir wollen ist, dass das Strömen der Dorfjugend in die Städte nicht mehr diesen spontanen Charakter annimmt, dass man gleichmässig die Erfordernisse der Industrie und der Landwirtschaft berücksichtigt. Wie soll man die landwirtschaftliche Arbeit für die Jugend attraktiver machen? "

"Trybuna Ludu" meint, das wäre eine Frage der ideologischen Erziehung und der Verbesserung der materiellen Lage der Menschen, die auf dem Lande arbeiten.

2) Krankenversicherung in Polen

"Trybuna Ludu" vom 19. November:

"Etwa 14,5 Mill. Personen, dh. mehr als die Hälfte der Bevölkerung Polens, kann jetzt unentgeltlich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Zahl der ärztlichen Betreuungsstellen wuchs von 5.121 im Jahre 1949 auf 14.320 im Jahre 1954. Im Jahre 1954 hat man den Versicherten in ca. 80 Mill. Fällen ärztliche Hilfe zuteil werden lassen".

3) Sorge um den Nachwuchs in dem Bergbau

Um junge Arbeiter in den Bergbau zu locken, hat die Warschauer Regierung beschlossen, allen denjenigen, die Arbeit im Bergbau annehmen, einige Erleichterungen zuteil werden zu lassen. Dies betrifft allerdings nur diejenigen, die in den Kohlengruben unter Tage arbeiten. Alle Kandidaten für den Beruf eines Kumpels bekommen unentgeltlich einen Arbeitsanzug, ein Paar Arbeitsschuhe und freie Verpflegung in den Kantinen für Bergleute während der Dauer eines Monats. ausserdem bekommen sie spezielle Geldzuwendungen, die man ihnen in zwei Raten auszahlt: Nach dem I. Halbjahr tadelloser Arbeit und nach dem zweiten Halbjahr. Diese Prämie beträgt beim ersten Mal 400 und beim zweiten Mal 800 Zlotys.

Die Verpflegung in den sogen. "Arbeiterhotels" für Bergleute darf täglich nicht weniger als 4.500 Kalorien umfassen. Die Insassen der Hotels bezahlen für das Essen nur soviel, dass die Einkaufs- und Transportkosten gedeckt werden.

(Lt. Glos Pracy" vom 12./13. November.)

4) Versprechen kostet nichts ...

in Betriebsverpflichtet bekanntlicherweise 2 Parteien: Die Belegschaft und die Direktion. Die ganze Presse in Polen gibt immer wieder Beispiele dafür, dass die Arbeiter ihre Verpflichtungen erfüllen, die Direktionen dagegen in der Regel nicht. Über die Situation in einem der grössten polnischen Chemiewerke in Auschwitz schreibt "Gazeta Krakowska" vom 11. November:

"Man braucht nicht mal das Gelände der Fabrik zu betreten, um zu sehen, dass die Arbeiter ihre vertraglichen Verpflichtungen realisieren, die Direktion aber nicht. Auf den grossen Plakaten lesen wir, dass der Plan im III. Jahresviertel mit 117,6 % übererfüllt wurde. Umsonst würde man sich jedoch nach den versprochenen 3 Sportplätzen umschauen, die in der Fabriksiedlung errichtet werden sollten. Auch die Bäckerei, Fleischerei und die Kinderkrippe in der Siedlung existieren nur auf dem Papier. Nicht einmal die versprochenen Ventilatoren in den Werkskantinen wurden eingebaut, obwohl es sich dabei um wirklich kleine Investitionen handelt..."

5) Wohnungsbau in den letzten 6 Jahren

Polens Minister für Kommunale Angelegenheiten, Feliks BARANOWSKI, erteilte der Zeitung "Zycie Warszawy" (vom 27./28. 11. 55) ein Interview, aus dem hervorgeht, dass in den letzten 6 Jahren in Polen 750.000 Wohnräume gebaut wurden. Die gesamte Zahl der Wohnräume in den Städten beträgt jetzt 6.800.000. Da etwa 11,7 Mill. Personen in Städten wohnen, kommen auf einen Wohnraum 1,72 Personen der Bevölkerung, vor dem Kriege waren es 2,02. Man baut jetzt durchschnittlich zweimal so viel Wohnungen wie vor dem Kriege, und wenn man berücksichtigt, dass die Bevölkerung Polens heute wesentlich kleiner als vor dem Kriege ist (1939-35 Mill.; 1955 - 27 Mill.) ist diese Zahl der gebauten Wohnräume pro Kopf der Bevölkerung noch grösser (etwa 2,5 Mal mehr als vor dem Kriege).

Die Steigerungskurve beim Bau von Wohnräumen, entwickelt sich etwa folgendermassen: 1949 - 66.000, 1950 - 81.000, 1951 - 99.000, 1952 - 112.000; 1953 - 135.000, 1954 - 160.000 und 1955 - 192.000.

Trotz der steigenden Kurve des Wohnungsbaues wird nach Worten des Ministers immer noch zu wenig gebaut. Im Jahre 1954 betrug der Zuwachs der neugebauten Räume etwa 6,4 pro 10.000 Personen. In derselben Zeit betrug der Geburtenüberschuss aber 18 pro 10.000. Man baut in Polen verhältnismässig mehr als in Belgien, Frankreich oder Italien, weniger aber als in Skandinavien, Deutschland und England.

Der kommende Fünfjahrplan (1956-60) sieht eine weitere Steigerung des Wohnungsbaues vor. Im letzten Jahre des Planes wird man doppelt so viel bauen, als im Jahre 1956 und das dürfte mehr als 400.000 für das Jahr 1960 sein. Man hofft, diese beträchtliche Steigerung durch die weitgehende Industrialisierung der Bautechnik zu erreichen.

6) Wie wirtschaftet man mit den Gewerkschaftsgeldern in Polen?

Das Gewerkschaftsorgan, "Glos Pracy" vom 10. November bringt einen interessanten Artikel über die Finanzen der polnischen Gewerkschaften.

"Die Hauptquelle, aus der die Gewerkschaften ihre Gelder schöpfen, sind die Beiträge der Mitglieder. Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen nehmen im Budget der Gewerkschaften 65-70 % der gesamten Einnahmen ein. Die übrigen Einnahmen bestehen aus den Einkünften aus den kulturellen und sportlichen Veranstaltungen und Einzahlungen der genossenschaftlichen und staatlichen Institutionen.

Der II. Gewerkschaftskongress setzte die Höhe der Mitgliedsbeiträge auf 1 % des monatlichen Bruttoeinkommens fest. Wenn ein Mitglied krank, oder in Ruhestand versetzt wurde - zahlte er 1 % von der bezogenen Rente."

Diese Vorschriften wurden inzwischen revidiert. Ab November 1955 gilt als Grundlage der Berechnung nicht Bruttolohn, sondern die Lohnsumme nach dem Abzug der Lohnsteuer.

Einen interessanten Einblick in das Lohnniveau in Polen geben weitere Feststellungen des Artikels:

"Im Jahre 1953 bezahlten nur 3.330.000 Mitglieder ihre Beiträge, wobei die Durchschnittshöhe des Beitrages 7,63 Zlotys war."

Im Jahre 1954 betrug die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder schon 3.768.000 und die Durchschnittshöhe des Beitrages - 8,25 Zlotys.

Im September 1955 betrug die Zahl der zahlenden Mitglieder - 4.009.974 und die Durchschnittshöhe - 9,59 Zlotys.

Bei der Gewerkschaft der Eisenhütten- und Stahlwerker betrug die Zahl der Mitglieder 155.295 und die mittlere Höhe des Beitrages 11,83 Zlotys. (Angaben für September 1955):

In Polen gibt es keinen Gewerkschaftszwang. Die zitierte Zeitung stellt fest, dass es Betriebe gibt, in denen kaum über 50 % der Beschäftigten zu der Gewerkschaft gehören. Es handelt sich dabei um grosse industrielle Werke, wie Autofabriken in Starychowice und Warschau, Warschauer Radiowerke usw. Ähnliche Situationen herrschen in den Gewerkschaften Bau-, Land- und Forstarbeiter.

Wie werden nun die Gewerkschaftsgelder verausgabt?

"Die grössten Summen werden für die kulturellen Veranstaltungen und Bildungszwecke, für Sport und soziale Einrichtungen ausgegeben. Im Budget für das Jahr 1955 hat man für die kulturellen und Bildungszwecke über 158 Mill. Zlotys bestimmt. Aus diesen Geldern finanziert man die 12 grossen Kulturklubhäuser in den Wojewodschafts-Hauptstädten, 85 betriebliche und zwischenbetriebliche Kulturklubs, 280 Fabrikklubs, 8.000 Leseräume, 48 Amateurensembles für Volkstanz und Gesang, 97 Gewerkschaftskinos und 4.854 Bibliotheken. Für diese Zwecke werden über 91 % des Budgets (für die kulturellen und Bildungszwecke) bestimmt.

Fast 14,5 Mill. Zlotys (davon über 2,5 Mill. Zlotys aus den Beiträgen) werden für die Organisation des Sonntagsvergnügens der Arbeiter bestimmt. Ca. 4 Mill. Zlotys für die Erfordernisse der Jugendarbeit. Über 27 % der einkassierten Beiträge bestimmen die Gewerkschaften für die Zuschüsse bei Geburten oder Todesfällen. In der I. Jahreshälfte 1955 bekamen 125.000 Mitglieder solche Zuschüsse (Gesamthöhe 50 Mill. Zlotys).

Über 14 Mill. Zlotys bestimmt man für Urlaubsfahrten der 23.000 Mitglieder, die sich in einer schweren finanziellen Lage befinden." Aus diesem Fonds werden aber auch die Urlaubsfahrten der Aktivisten bezahlt. Über 3 Mill. Zlotys wird für die Besitzer von Laubengärten abgezweigt.

"Der Zentralrat der Gewerkschaften (Dachorganisation) bestimmt jährlich 64 Mill. Zlotys als Dotation für Zuschüsse bei Unfällen, Krankheits- und Todesfällen u.ä. Diese Zuschüsse werden jährlich etwa 3 Mill. Mitgliedern bezahlt."

Für alle sogenannten existentiellen und sozialen Ausgaben werden über 194 Mill. Zlotys bestimmt.

Für Sport und körperliche Ertüchtigung der Mitglieder bestimmte man 1955 108 Mill. Zlotys. Im Jahre 1956 wird diese Summe 120 Mill. erreichen.

Die internen Verwaltungskosten des Gewerkschaftsapparates werden nach und nach kleiner, immerhin betragen sie noch in diesem Jahre eine beträchtliche Summe - 27 % des Gesamtbudgets.

Zum Schluss stellt man in dem Artikel fest, dass etwa 400.000 Mitglieder ihre Beiträge unregelmässig bezahlen. Ausserhalb der gewerkschaftlichen Organisationen gibt es noch ca. 700.000 Arbeiter und Angestellte.

B. Beziehungen Polens zum Ausland

I. Politische Beziehungen

1).Woche der polnisch-deutschen Freundschaft

Zwischen dem 15. und 21. November feierte man in Polen die "Woche der polnisch-deutschen Freundschaft". Die Feierlichkeiten wurden in allen Städten und in vielen Dörfern Polens durch die "Nationale Front" und andere Massenorganisationen veranstaltet.

In vielen Kinos zeigte man in dieser Woche nur deutsche (DDR) Filme. Die Buchhandlungen stellten hauptsächlich die polnischen Übersetzungen deutscher Autoren aus. Bei dieser Gelegenheit veröffentlichte die Presse die Zahlen der Auflagen dieser Übersetzungen in Polen. Von 1944 an bis November 1955 erschienen die aus dem Deutschen übersetzten Bücher in einer Gesamtauflage von 3.700.000 Exemplaren. Die Zahl der übersetzten Bücher betrug im Jahre 1946 - 18; im Jahre 1954 - 74; 1955 (in den drei ersten Jahrvierteln) - 126. Die meisten gelesenen deutschen Autoren sind: GOETHE, SCHILLER, G. KELLER, H. HEINE, Thomas und Heinrich MANN, Arnold und Stephan ZWEIG, G. HAUPTMANN, B. KELLERMANN, L. FEUCHTWANGER, A. SEGHERS, B. BRECHT, H. MARCHWITZA, F. WOLF, W. BREDEL, A. WEDDING u.a.

Zu der Freundschaftswoche erschien auch eine Delegation der DDR. Sie bestand aus 17 Vertretern der "Nationalen Front" unter Vorsitz des Schriftstellers Hans MARCHWITZA.

Die grössten Feierlichkeiten fanden in Warschau statt. Es gab eine Reihe festlicher Akademien. Treffen in den Klubräumen, in den Fabriken usw. Der DDR-Botschafter, Stephan HEYMANN, empfing in den Räumen der Botschaft mehrere Mitglieder des Politbüros des Staatsrates und der Regierung.

Auch in den Provinzstädten und was besonders interessant sein dürfte, in den ehemals deutschen Gebieten des Staates, beging man feierlich diese Tage. Besonders interessant gestalteten sich die Feierlichkeiten in Oppeln, wo man Treffen zwischen früheren Mitgliedern der KPD und solcher der jetzigen KPP veranstaltete. In Saal, wo dieses Treffen stattfand, hing an der Wand eine alte, verblichene Fahne mit der Aufschrift: "Roter Frontkämpferbund". Man sprach bei diesen Treffen auch darüber, dass der jetzige stellvertretende Ministerpräsident der DDR - Fritz SELBMANN, (im Jahre 1928 als damaliger Sekretär der KPD in Oberschlesien) sich für die Gleichberechtigung der polnischen Sprache in den Schulen, Ämtern und Gerichten einsetzte.

Zum Abschluß der Freundschaftswoche fand ein Treffen an der Grenzbrücke in Frankfurt/Oder und Guben statt.

Die Presse widmete während dieser Woche viele warme Worte dem "Nachbarn und Freund, der DDR". "Zycie Warszawy" vom 15. November schrieb u. a.: "Zu einem auf der demokratischen und friedlichen Basis vereinigten Deutschland könnten wir genau so freundschaftliche Beziehungen haben wie jetzt zur DDR. Sollten aber die internationalen, imperialistischen Kreise eine solche Vereinigung unmöglich machen, so bedeutet das nicht, daß wir uns nicht um eine Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik bemühen würden. Solche Normalisierung könnte im Rahmen der Koexistenz von Staaten mit verschiedenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemen erreicht werden."

(Laut "Trybuna Ludu" vom 11., 15., 17., 19. und 21. 11. und "Glos Pracy" vom 21. 11.).

2. Proteste gegen die neue deutsche Wehrmacht

Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, Edward OCHAB, sagte auf der Akademie in Warschau aus Anlaß der Oktoberrevolution:

"Das polnische Volk verlor während des II. Weltkrieges durch die Nazimörder 6 Millionen Bürger. Das ist weit mehr, als die Verluste der westlichen Alliierten aus Europa und Amerika zusammengenommen. Wir haben also Grund zu behaupten, daß wir wissen, was der deutsche Militarismus bedeutet.

Wir Polen haben ein besonderes Recht, unsere Proteststimme gegen alle Versuche zur Beherrschung Deutschlands durch die Krupps und Heusingers zu erheben."

("Trybuna Ludu" vom 7. 11. 1955)

Im Zusammenhang mit einer Feststellung des französischen Außenministers PINAY während der Genfer Konferenz über die Sicherheitsgarantien für die Nachbarn Deutschlands, gab der polnische Chefdelegierte bei der X. Sitzung der UN-Vollversammlung, Marian NASZKOWSKI, dem Vertreter der AFP ein Interview.

"Man muß wirklich staunen - sagte er - daß der französische Außenminister so schnell die Lektionen der Geschichte, insbesondere die des letzten Weltkrieges vergessen hat. In der Zeit vor dem II. Weltkrieg offerierten die westlichen Staatsmänner mehrerer Staaten sogenannte Garantien gegen die Aggression des III. Reiches. Solche Garantien bot Frankreich und Großbritannien auch der polnischen Republik. Die reale Wirkung solcher Garantien erfuhr das polnische Volk, als es vereinsamt im September 1939 gegen die deutsche Kriegsmacht kämpfen mußte. Das polnische Volk weiß ganz genau, was solche Papiergarantien

in einem Augenblick wert sind, wo die deutschen Militaristen ans Steuer kommen. Nur wenn die Westmächte auf die Remilitarisierung Deutschlands verzichten und wenn sie versichern, daß das künftige, vereinigte Deutschland keinem militärischen Block angehören wird, ... Wir, als das erste Opfer der Hitler'schen Aggression, die 6 Millionen polnischen Bürgern das Leben gekostet hat, antworten auf solche illusorische Garantien: Nein! Wir wollen nicht, daß alte Fehler wiederholt werden. Wir glauben, daß unsere Haltung auch vom französischen Volke und von anderen Nachbarn Deutschlands geteilt wird."

3. NUSCHKE über die Perspektiven der polnisch-deutschen Zusammenarbeit

Der Stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzone, NUSCHKE, erteilte dem Vertreter von "Zycie Warszawy" ein Interview. NUSCHKE war zum internationalen Treffen der fortschrittlichen Katholiken nach Warschau gefahren. Auf die Frage, was er über die polnisch-deutsche Zusammenarbeit denke, gab NUSCHKE folgende Antwort:

"Ich muß zum Anfang feststellen, daß unser Volk eine große Schuld auf sich geladen hat, indem es in der Vergangenheit immer die Souveränität Polens bedrohte und sich im Jahre 1939 an dem mörderischen Krieg gegen Polen beteiligte.

Diese Schuld, begangen in der Vergangenheit, können nur die Freundschaft unserer Völker und ein gemeinsamer Kampf um den Frieden und die Sicherheit in Europa wiedergutmachen. Aus diesem Grunde sind wir in der CDU für die Friedensgrenze an der Oder-Neiße. Neulich habe ich gegenüber Boleslaw BIERUT in Berlin festgestellt, daß im Notfalle die Oder-Neiße-Grenze westlich der Elbe verteidigt werden muß. Ich glaube, daß solche Deklarationen und ihnen folgende Taten dazu geeignet sind, die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zu festigen und ich bin glücklich, daß meine Partei durch die Verbindung mit der Organisation PA X ("Polnische fortschrittliche Katholiken") etwas zu der Festigung dieser Freundschaft beigetragen hat. Ich wünsche eine weitere Festigung dieser Freundschaft und unserer Beziehungen, weil sie wirklich imstande sind, zu erreichen, daß der Revisionismus unter den deutschen katholischen Kreisen zerschlagen wird. Meiner Ansicht nach wäre es gut, wenn eine Delegation von katholischen Geistlichen aus der DDR und der Bundesrepublik Volkspolen besuchen könnte. Solch ein Besuch könnte eine große Bedeutung für die politische Orientierung der deutschen katholischen Kreise haben."

(Aus "Zycie Warszawy" vom 9. 11. 1955)

4. Polnische Presse zu der letzten Genfer Konferenz

Die "Trybuna Ludu" vom 18. November schreibt:

"Die Konferenz ließ die Tür offen für weitere Verhandlungen, für spätere diplomatische Gespräche. Diese werden vielleicht mühselig, langwierig und wenig erfolgreich sein, aber sie werden trotzdem stattfinden. Es gibt keine Rückkehr zum kalten Kriege.

Kann man die Nachbarn Deutschlands, die Polen, Tschechen, Franzosen, überzeugen, daß ihre Sicherheit mit der Bewaffnung nicht nur eines Teiles von Deutschland, ja sogar mit der Bewaffnung des vereinigten Deutschlands identisch ist? Man kann es nicht. Kann man die Deutschen überzeugen, daß die Vereinigung ihres Landes nur im Falle der Mitgliedschaft in der NATO möglich ist? Das Leben gibt eine verneinende Antwort auf diese Frage. Solche Antwort gab während der Konferenz die Regierung der DDR und auch die westdeutschen Sozialdemokraten und andere Organisationen in der Bundesrepublik.

Die westlichen Außenminister glaubten auch im Namen Polens auftreten zu müssen. Was haben sie denn festgestellt? Erstens, daß der deutsche Militarismus in der Bundesrepublik gar nicht existiert. Zweitens, eine Sicherheitsgarantie für uns würde bedeuten, daß man ganz Deutschland an die NATO anschließt, und einen Gebietsstreifen beiderseits der Oder-Neiße-Grenze entmilitarisiert. Konnten sich die westlichen Minister irgendwelche Illusionen über unsere Meinung darüber und über unsere Reaktion machen? Polen war zwar in Genf nicht vertreten, aber MOLOTOW, der diese Illusionen zerstörte, vertrat unsere Meinung. Nicht an der Oder, sondern an der Elbe - im Herzen Deutschlands - kann man einen entmilitarisierten Gebietsstreifen bilden. Warum dort? Weil nicht Polen das Deutsche Reich, sondern das Deutsche Reich Polen überfallen hat..."

Und "Glos Pracy" vom 18. 11. schreibt:

"Diejenigen, die behaupten, daß die Genfer Konferenz mit einem Fiasko endete, verwechseln bewußt die Tatsachen. Nur die westlichen Pläne der Vereinigung Deutschlands unter Führung der Militaristen mußten begraben werden. War aber die ganze Konferenz ein Fiasko? Nein! Sie schaffte eine nützliche Basis für die späteren Verhandlungen, die in der Zukunft stattfinden werden. Diese Verhandlungen werden nicht leicht sein und können auch nicht leicht sein. Aber trotzdem schauen wir mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft. Viele Konferenzen in den früheren Jahren wurden mit einer Spannung betrachtet und standen unter dem Druck der Frage: Krieg oder Frieden. Heute verhandelt man schon

darüber, wie man diesen Frieden organisieren soll, und das ist ein entscheidender Unterschied."

"Nowe Drogi" schrieb im Novemberheft:

"Und jetzt spricht man uns wieder von den Garantien. Die drei westlichen Minister sollten sich eigentlich nicht wundern, daß wir Polen Sicherheit ohne Garantien den Garantien ohne Sicherheit vorziehen. Kein Zweifel, daß jeder vernünftige Mensch in Ost- und Westeuropa so denkt."

5. Polnisches Westinstitut in Posen

Die illustrierte Wochenschrift "Przekroj" vom 20. November schreibt über die Tätigkeit der zahlreichen deutschen Institute und Organisationen für die Forschung der Ostprobleme. Die Zeitschrift zählt sie alle auf und stellt mit Bedauern fest, daß man ihnen von der polnischen Seite her nur ein einziges Westinstitut in Posen gegenüberstellen kann. Dieses Posener Westinstitut zählt aber im Moment nur ganze 20 Mitarbeiter. Die Abteilung für die neueste Geschichte Deutschlands ist von einem einzigen wissenschaftlichen Mitarbeiter besetzt.

"Zu den Vorhaben des Instituts gehört schon seit langem die Bearbeitung einer genauen Evidenz nicht nur aller tätigen revisionistischen Zentren mit allen ihren Mitarbeitern, sondern auch die Evidenz der analogen Zentren in der Nazizeit und der damaligen Mitarbeiter. Man braucht nicht hinzuweisen, wie wichtig es wäre, alle zusammenlaufenden Drähte festzustellen..."

Die Zeitschrift stellt zum Schluß fest, daß es auf keiner polnischen Universität ein Katheder für die deutsche Geschichte gibt.

6. Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Polen - Burma

"Trybuna Ludu" vom 10. November verkündet die baldige Aufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen Polen und Burma. Der burmesische Ministerpräsident U NU besuchte Polen am 11. November und blieb mehrere Tage im Lande.

II. Außenhandel

1. DDR - Polens zweitstärkster Außenhandelspartner

Die "Trybuna Ludu" vom 18. November schreibt:

"Die Handelsbeziehungen zwischen Polen und der DDR entwickeln sich sehr rasch. Die Warenumsätze zwischen unseren beiden Ländern sind jetzt zweimal so groß wie im Jahre 1949. Sie sind jetzt auch doppelt so hoch wie die Handelsumsätze zwischen Polen und dem gesamten Deutschen Reiche im Jahre 1937. Der demokratische deutsche Staat ist jetzt - nach der Sowjetunion - unser größter Handelspartner. Eine sehr wichtige Rolle spielen in unserer Nationalwirtschaft die von der DDR gelieferten Investitionsgüter. Oft handelt es sich um ganze industrielle Objekte. Die Lieferungen aus der DDR haben auch große Bedeutung für unsere Leichtindustrie und die Landwirtschaft. Ebenso wichtig für die Volkswirtschaft der DDR sind die polnischen Lieferungen. Das Hüttenkombinat in Stalinstadt an der Oder arbeitet ausschließlich mit polnischer Kohle und polnischem Koks. Das an der Grenze liegende Kraftwerk "Hirschfelde" bekommt Braunkohle aus der polnischen Kohlengrube 'Turow'. Außerdem exportieren wir nach DDR Hüttenerzeugnisse, Zink und Zinweiße, größere Mengen von Chemikalien, Holz, Textilgeweben u. a. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der DDR umfassen außerdem noch eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit."

2. Handelsbesprechungen zwischen Polen und der CSR

Aus "Glos Pracy" vom 17. November:

"Am 16. November kam eine Regierungsdelegation der CSR nach Warschau. Sie wird über den Handelsaustausch im Jahre 1956 verhandeln. Ein Beweis für die erfolgreiche Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ist die Tatsache, daß die CSR im polnischen Außenhandel an dritter Stelle rangiert - nach der Sowjetunion und der DDR - wogegen Polen in dem Tschechoslowakischen Außenhandel sogar den zweiten Platz einnimmt (nach der Sowjetunion). In den Jahren 1947 - 53 haben sich die Handelsumsätze achtmal vergrößert. Polen exportiert nach der CSR u. a. Kohle, Zink, Maschinen und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die CSR liefern Polen Investitionsgüter (ganze industrielle Objekte eingeschlossen), metallurgischen Koks, Autos, Reifen, feuerfeste Stoffe, Schuhe, Radioempfänger u. a."

3. Handelsvertrag zwischen Polen und Jugoslawen

In der ersten Hälfte des November wurden in Warschau zwischen den Vertretern der beiden Regierungen mehrere Verträge unterzeichnet:

- a) Protokoll über Handelsabkommen für das Jahr 1956. Die Höhe der beiderseitigen Handelsumsätze wird 28 Millionen Dollar betragen, das ist doppelt so viel wie im Jahre 1955. Polen wird exportieren hauptsächlich: Kohle, Koks, Walzerzeugnisse, Chemikalien, Maschinen und Zucker. Jugoslawien wird dafür liefern: Blei, Zinkkonzentrate, Piryten, Chromerz, Holz, Zellulose, Gerbstoffe, Hanf, Mais, Maschinen, Barit und Tabak, außerdem Schuhwaren, Ledererzeugnisse, Wein und Obst.
- b) Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Es sieht den Austausch der gegenseitigen Erfahrungen vor.
- c) Abkommen über den Luftverkehr.
- d) Abkommen über die Schulden und Außenstände, die zwischen dem 9. 5. 1949 und 12. 2. 1955 entstanden sind. Hier handelt es sich sicher um die Entschädigung, die der polnische Staat Jugoslawien für den Bruch der Handelsverträge nach dem Kominform-Ausschluß Titos bezahlen soll.
- e) Touristenabkommen.

Außer den obigen Abkommen hat sich Polen bereit erklärt, den Jugoslawen auf Kreditbasis verschiedene Investitionsgüter zu liefern. Sie sollen in jährlichen Raten mit einem 2 %igen Aufschlag bezahlt werden (lt. "Trybuna Ludu" vom 15. 11.).

4. Handelsvertrag zwischen Polen und Burma

Am 1. November wurde in Rangoon der erste Handelsvertrag zwischen Polen und Burma unterschrieben. Polen wird Investitionsgüter (darunter ganze industrielle Objekte), Schiffe, Autos, Maschinen, Porzellan, Glas und Textilien exportieren. Burma wird Reis, Kautschuk, Erze, Teak-Holz und Pflanzenöle liefern. Im Jahre 1956 sollen die beiderseitigen Umsätze die Summe von 5 Millionen englischen Pfunden erreichen. In diesem Jahre wird Polen 60.000 t Reis kaufen.

In den ersten Novembertagen weilte eine burmesische Handelsdelegation in Warschau, die sich hauptsächlich für Maschinen und Einrichtungen für Bergwerke interessierte. Der an der Spitze der burmesischen Delegation stehende Vizeminister für Bergbau stellte fest, daß die in Polen produzierten Bergbaumaschinen leistungsfähig und von guter Qualität seien. Sie

könnten sehr gut in den Kohlengruben Burmas verwendet werden. Hier lägen große Möglichkeiten für die Entwicklung des Handels zwischen beiden Ländern, meinte der burmesische Delegierte.

(Laut "Trybuna Ludu" vom 3., 4. und 6. November)

5. Erster Handelsvertrag Polen - Paraguay

Der erste Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern wurde am 23. November in Assuncion unterzeichnet. Er regelt zunächst die Handelsumsätze für das Jahr 1956 (lt. "Trybuna Ludu" vom 26. 11.).

6. Handelsvertrag Polen - Frankreich

Am 27. November wurde in Warschau ein Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern für das Jahr 1956 unterzeichnet. Im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet sich Frankreich zu liefern: Phosphoriten, Eisenerz, Hüttenerzeugnisse, Maschinen, industrielle Einrichtungen, Chemikalien, Pharmazeutika, Zitrusfrüchte, Kaffee, Kakao usw. Polen wird exportieren: Kohle, Holzerzeugnisse, Erzeugnisse der Metallindustrie, verschiedene Apparate und Maschinen, Chemikalien, Textilien, keramische Erzeugnisse, Glas und Nahrungsmittel (lt. "Trybuna Ludu" vom 28. 11.)

7. Handelsbesprechungen mit Finnland und Dänemark

Mitte November kamen Handelsdelegationen aus Finnland und Dänemark nach Warschau, um die Unterzeichnung von Abkommen mit Polen zu besprechen. Diese Abkommen sollen den Handelsaustausch für das Jahr 1956 regeln.

III. Kulturelle Beziehungen

1. Kulturabkommen Polen - Sowjetzone

In den Tagen zwischen dem 2. und dem 8. November tagte in Warschau eine gemischte polnisch-deutsche Kommission, deren Aufgabe es war, einen Plan für die Realisierung des Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern im Jahre 1956 auszuarbeiten. An der Spitze der DDR-Delegierten stand der Generalsekretär der Gesellschaft für die Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland, Dr. Carl Friedrich WIESE. Wie "Głos Pracy" vom 11. November berichtet, "sieht der ausgearbeitete Plan eine Intensivierung des kulturellen Austausches zwischen den beiden Ländern vor."

2. Polen baut in China große Segelflugzeugwerke

Das Büro für Studien und Entwürfe bei dem polnischen Verkehrsministerium arbeitet jetzt an dem Entwurf und der Dokumentation großer Segelflugzeugwerke, die in der Gegend von Peking entstehen werden. Polnische Fachleute haben auch die Lokalisierung der Werke bestimmt.

Im nächsten Jahre sollen Baufachleute nach China fahren. In den noch entstehenden Werken werden alle jetzt in Polen gebräuchlichen Modelle von Segelflugzeugen gebaut.

Diese Modelle erfreuen sich einer allgemeinen Anerkennung in der ganzen Welt. Auf ihnen konnten die polnischen Piloten mehrere Weltrekorde erreichen.

Neben den Werken wird ein großes Schulungszentrum entstehen, das ebenfalls von polnischen Instruktoren, Piloten und Mechanikern geleitet werden wird.